

An den
Vorsitzenden des Ausschusses für
Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration
Herrn Stefan Spallek

Stadtverordnete:
Hartmut Bohrer
Michael Göttenauer
Manuela Schon
Hendrik Seipel-Rotter

- im Hause -

Wiesbaden, 19. September 2012

**Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN für die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 25. September 2012**

Keine Weitergabe der Meldedaten - Bürger_innenantrag

Informationelle Selbstbestimmung heißt, dass Menschen über ihre persönlichen Daten verfügen können. Sie können entscheiden, wem sie sie geben und wem nicht. Der Weitergabe durch die Einwohnermeldeämter erst widersprechen zu müssen ist demnach eine Missachtung der informationellen Selbstbestimmung und beraubt die Bürger_innen der Möglichkeit, Kontrolle über die Weitergabe der persönlichen Daten zu behalten.

Wiesbaden ist eine proaktive Stadt. Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu veranlassen,
dass die Bürger mittels einer Informationskampagne über ihre Widerspruchsmöglichkeiten gegen die Weitergabe ihrer persönlichen Daten aufgeklärt werden.

gez. Hendrik Seipel-Rotter
Fraktionsvorsitzender